Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. Juni 1931

Ins. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Und die Notverordnung?

Der Zeitpunkt ihrer Abänderung ist gekommen.

SPD. Der Eifer, mit dem die Reichsregierung voreiligen Ansprüchen an die durch das Moratorium herbeizuführenden Ersparnisse entgegentritt, ist an sich vollkommen gerechtfertigt. Nicht nur, weil Hoovers Vorschlag bisher noch nicht die Zustimmung aller beteiligten Mächte gefunden hat, sondern vor allem auch, weil das Deutsche Volk sich hüten muss, die Auswirkungen seiner Durchführung auf die deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse zu überschätzen. Man hat vielfach noch immer den Eindruck, als ob breite Schichten sich nicht klar darüber geworden wären, vor welchem Abgrund wir vor wenigen Tagen standen, und wie gross die Katastrophe sein würde, wenn die amerikanische Aktion unterblieben wäre oder jetzt, nachdem sie erfreulicherweise eingeleitet worden ist, an irgendwelchen Widerständen scheiterte.

Es sei deshalb noch einmal daran erinnert, dass auch durch die Notverordnung das Defizit in den öffentlichen Haushalten noch keineswegs gedeckt ist. Es verbleibt ein Fehlbetrag von rund einer Milliarde Mark, der ausschliesslich zu Lasten der Länder und Gemeinden geht. Er müsste, wenn keine Erleichterung der Reparationslasten erfolgte, durch einen neuen Abbau bei sozialen und kulturellen Ausgaben, bei Beamtengehältern, Arbeiterlöhnen usw. ausgeglichen werden. Dazu kämen dann in der nächsten Zeit neue Defizitquellen, einmal infolge der ungünstigen finanziellen Lage bei den Trägern der sozialen Versicherung (Invalidenversicherung, Krankenkassen, Unfallversicherung) und sodann durch die Steuerausfälle, die sich bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1932/33 sehr stark fühlbar machen würden. Wir müssten, wenn die Reparationszahlungen nicht wegfielen, mit bisher ungedeckten Fehlbeträgen rechnen, die möglicherweise noch über die Entlastungen hinausgingen, was Deutschland von dem Hoover'schen Vorschlag zu erwarten hat.

Diesen ernsten Tatsachen haben wir ins Gesicht zu sehen, und wenn die Sozialdemokratie in einem Schreiben den Reichskanzler um eine alsbaldige Aufnahme der Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung ersucht, so stellt sie auch diesmal wieder die Notwendigkeit der Finanzsanierung in den Vordergrund. Diese Voraussetzung ist für uns heute noch immer genau so massgebend, wie sie es in allen früheren Stadien war. Die Abänderungen der Notverordnung, wie wir sie fordern, soll ihren finanziellen Gesamteffekt nicht beeinträchtigen. Worauf es uns ankam und ankommt, ist die gerechtere Verteilung der Lasten. Wir fordern in erster Linie die Umgestaltung der Krisensteuer, den Verzicht auf die Subventionspläne, die Erhebung einer Ausgleichssteuer von den inländischen Benzin- und Benzolerzeugern und wollen auf diese Weise Summen frei machen, die zur Beseitigung der harten und unerträglichen sozialpolitischen Abbaumassnahmen verwendet werden können.

Man sollte annehmen, dass unser Verlangen von der Regierung und von den bürgerlichen Parteien als berechtigt anerkannt werden müsste. Der Reichskanzler hat uns in der vergangenen Woche mehrfach versichert, dass die Abänderung der Notverordnung diskutiert und zum Abschluss gebracht werden könne, sobald der

beabsichtigte Schritt in der Reparationsfrage getan sei. Damals dachte er und dachten wir nur an die Erklärung des Transfer- Moratoriums, das zunächst nur eine geringfügige Entlastung gebracht haben würde. Um wieviel dringender ist die Aufnahme von Verhandlungen, wenn ein Moratorium gewährt wird, bei dem im laufenden Rechnungsjahr die deutschen Ausgaben um weit über eine Milliarde gekürzt werden, und das ausserdem, wie man wohl hoffen darf, dazu beitragen wird, die materiellen und psychologischen Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu schaffen.

SPD. Magdeburg, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners teilt mit: "Im Anschluss an radikal- pazifistische Enthüllungen vom Sommer 1930 über den Bezug fremdländischer (französischer) Gelder durch das Reichsbanner macht eine Mitteilung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen- Verbandes zum gleichen Thema gegenwärtig die Runde durch die deutsche Rechtspresse. Hiernach soll Professor Dr. Friedrich Wilhelm Förster eidlich angegeben haben, dass 1924 nach seiner Kenntnis 30.000 Franken für die Wahlpropaganda des Reichsbanners gegen die Wahl des heutigen Herrn Reichspräsidenten gegeben worden seien. Der erste Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz- Rot- Gold, Oberpräsident Hörsing, hat schon einmal den Sachverhalt dahin klargelegt, dass ihm 1924 von einem Herrn Lehmann- Russbüldt Mittel für die Organisation des Reichsbanners angeboten worden sind, von denen ausdrücklich gesagt wurde, sie stammten aus deutschen republikanischen Kreisen. Herr Lehmann- Russbüldt war zwar bis dahin dem ersten Bundesvorsitzenden persönlich völlig unbekannt, aber die über ihn eingeholten Auskünfte lauteten so einwandfrei, dass kein Anlassbestand, die angebotenen Mittel im Betrage von 5.000 RM nicht entgegenzunehmen. Irgendwelche politische Bindungen wurden dabei dem Reichsbanner weder damals noch später gestellt, noch weniger sind damals dem Oberpräsidenten Hörsing auch nur die leisesten Andeutungen gemacht worden, dass diese 5.000 Mark aus fremdländischen Quellen herrührten."

SPD. Die Preussische Staatsregierung hat am Dienstag beschlossen, Landrat Hansmann in Schwelm zur Disposition zu stellen. Hansmann ist Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags.

Der Beschluss des Staatsministeriums ist nicht, wie wir ausdrücklich hervorheben, auf Grund der Nierenhofer Rede von Hansmann erfolgt. In dieser Rede sollte Hansmann nach den Behauptungen des "Stahlhelm" die Frontsoldaten allgemein als besoffene Schweine bezeichnet haben. Die amtliche Untersuchung ergab, dass auch diese Behauptung des "Stahlhelm" den Tatsachen nicht entsprach, sodass Hansmann aus dem damals gegen ihn eingeleiteten Verfahren gerechtfertigt hervorging. Wenn der Staatsminister es jetzt trotzdem für angebracht gehalten hat, den verdienstvollen und hochqualifizierten Landrat zur Disposition zu stellen, so ist das auf Vorgänge rein lokaler Art zurückzuführen. Die starke politische Persönlichkeit des Sozialdemokraten Hansmann hat es mit sich gebracht, dass dieser charakterfeste und unantastbare Mann zu einem grossen Teil des Schwelmer Kreistages in immer stärkere Widersprüche geriet, die naturgemäss auf die Selbstverwaltung zurückwirkten und eine erspriessliche Arbeit zwischen der Mehrheit des Kreistages und Hansmann mehr und mehr in Frage stellten. Aus dieser Situation hat die Preussische Staatsregierung die Konsequenzen gezogen, indem sie Hansmann zur Disposition stellte. Wie wir hoffen, nur für kurze Zeit.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat unter dem 23. Juni folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

"Der amerikanische Vorschlag eines internationalen Moratoriums für die Regierungsschulden eröffnet die Aussicht auf eine beträchtliche Erleichterung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands. Obgleich der Vorschlag noch der Zustimmung der beteiligten Mächte bedarf, halten wir es für dringend erforderlich, die zugesagten Besprechungen über die Abänderung der Notverordnung sofort einzuleiten. Die in der Notverordnung enthaltenen Härten werden, wenn das Moratorium zustandekommt, von den betroffenen Schichten als besonders unerträglich empfunden werden.

Wir sind uns bewusst, dass nach wie vor alle Anstrengungen Deutschlands auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte gerichtet bleiben müssen. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, dass die von uns geforderten Abänderungen dieses finanzielle Ziel durchaus nicht in Frage stellen. Die von Jhnen vorgeschlagene Verschiebung der Aenderung der Notverordnung beruhte auf der Annahme einer späteren Aufrollung der Reparationsfrage. Nunmehr besteht kein Hindernis mehr, unmittelbar nachdem das Moratorium gesichert ist, die Abänderung der Notverordnung vorzunehmen. Das gilt umsomehr, als die Entlastung durch den allgemeinen Schuldenaufschub viel weitergeht, als es bei der Jnanspruchnahme des Transfermoratoriums der Fall gewesen wäre.

Wir verkennen nicht, dass der Plan des Präsidenten Hoover keinen Anlass zu übertriebenen Hoffnungen geben darf. Der Grundsatz der Finanzsanierung muss aufrechterhalten werden. Trotzdem müssen aber auch die einschneidenden Abbauvorschriften der Notverordnung gemildert und die schweren Steuerlasten gesenkt werden. Diese Massnahmen dürfen nur dem Zwecke dienen, die durch Lohn- und Sozialabbau viel zu weit eingeschränkte Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung zu verbessern. Die werktätigen Schichten haben bisher die schwersten Opfer für die Finanzsanierung gebracht; deshalb haben sie einen berechtigten Anspruch darauf, dass ihnen künftig alle Erleichterungen zugute kommen. Nur wenn das geschieht, wird die finanzielle Entlastung Deutschlands die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufstieg und politische Beruhigung werden.

Unter diesen Umständen wiederholen wir das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, alsbald mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung einzutreten."

SPD. Paris, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Der französische Ministerrat hat am Dienstag seine Beschlussfassung über den amerikanischen Vorschlag auf Mittwoch vertagt, aber zugleich angekündigt, dass er Amerika am Mittwoch bestimmt antworten werde Das hat den heftigsten Zorn der Rechten und vor allem der Herren Franklin-Bouillon und Marin hervorgerufen. Sie stützen sich dabei auf die jüngste Erklärung des Ministerpräsidenten Laval, nach der in der auswärtigen Politik nichts mehr ohne vorherige Information der Kammer beschlossen werden soll. Jmmerhin haben sich die zahlreichen Jnterpellanten über den Vorschlag Hoovers, mit Ausnahme des Herrn Marin, der bis zum letzten Augenblick Schwierigkeiten machte, damit einverstanden erklärt, dass die Debatte über ihre Jnterpellationen am nächsten Freitag stattfindet, d.h. also eigentlich nach vollzogener Tatsache. Die Vertagung der Debatte erfolgte aber wohl in der Annahme, dass durch die französische Antwort gewisse Verhandlungen unerlässlich werden und somit auch der Kammer noch die Möglichkeit bleibt, ihr Wort zu Hoovers Plan zu sagen.

Die Tatsache, dass das Aussenministerium von dem amerikanischen Vorschlag überrascht worden ist und die ersten Berichte des französischen Botschafters in Washington, des Dichters Claudel, so unvollkommen waren, dass die französische Regierung sich über die volle Tragweite des Vorschlages Hoovers in den ersten Stunden keine Rechenschaft abzulegen vermochte, hat natürlich den Feinden Briands wieder einige Waffen geliefert. Trotzdem scheint innerhalb der Regierung über das Vorgehen am Mittwoch grössere Uebereinstimmung zu herrschen als es die Rechte

bisher erwartet hat. Finanzminister Flandin und Budgetminister Piétri haben sich mit Briand im Prinzip einverstanden erklärt, den Hoover-Vorschlag anzunehmen, allerdings unter der Hinzufügung, dass der Mechanismus des Youngplanes als solcher aufrechterhalten bleibt, sodass die Rechte Frankreichs auf die Wiederaufnahme der bedingungslos zu leistenden Zahlungen des Youngplanes nach Ablauf des Feierjahres gesichert bleiben. Ausserdem sind Flandin und Piétri mit Briand darüber einig, dass eine grosszügige Kreditpolitik zugunsten Deutschlands ins Auge gefasst werden muss. Briand scheint die Hoffnung zu haben, dass Amerika endgültig aus seiner bisherigen zurückhaltenden Stellung gegenüber Europa herausgehen werde und damit auf allen Gebieten für die zukünftige Entwicklung neue Wege geöffnet werden. Wie die Kammer die von der Regierung noch endgültig zu formulierenden Beschlüsse aufnehmen wird, lässt sich einstweilen nicht sagen. Gegenwärtig herrscht Sturmstimmung, die auf die aussenpolitischen Faktoren und auf die Möglichkeit zurückzuführen ist, dass durch die jüngsten Ereignisse eine Regierungskrise heraufbeschworen werden könnte. Die meisten Fraktionen sind hinsichtlich der Meinung über Hoovers Plan gespalten. Das trifft auch auf die radikale Fraktion zu, in der am Dienstag mittag ziemlich lebhafte Debatten stattfanden. Dabei zeigte sich, dass ein grosser Teil dem Hoover-Vorschlag mit stärkstem Misstrauen gegenübersteht und Herriot mit das grösste Misstrauen hegt, während Abgeordnete wie Malvy und Delbos der Ansicht sind, dass weitestes Entgegenkommen gezeigt werden müsse. Innerhalb der radikalen Linken drängte Loucheur vor allem darauf, die Stundung durch eine Kreditpolitik zu ergänzen, die das Wirtschaftsleben im allgemeinen wieder in Schwung bringen würde.

Keinerlei Meinungsverschiedenheiten haben sich innerhalb des sozialistischen Fraktionsvorstandes gezeigt, der am Dienstag zu der Botschaft Hoovers eine Erklärung beschlossen hat, die der Gesamtfraktion am Donnerstag zur Bestätigung vorgelegt werden wird. Die Erklärung beginnt mit einem Rückblick auf die Vorgänge seit dem Ende des Krieges, erinnert an die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale inbezug auf die inzwischen begangenen schweren Fehler und auf die besondere Verantwortlichkeit, die die nationalistischen Parteien Frankreichs durch ihre Blindheit auf sich geladen haben. Sie begrüsst den Hoover'schen Vorschlag, der in einem Augenblick erfolgt sei, in dem sich im Herzen Europas ein wirtschaftlicher Zusammenbruch vorbereitet habe, der überall tiefste Rückwirkungen gehabt habe, als einen Schritt, der die Zusammenarbeit der Völker wieder in das normale Gleis bringen kann. Die Erklärung wirft allerdings dem Manifest Hoovers vor, dass es noch immer die interalliierten Schulden und die Reparationszahlungen auf eine Stufe stelle. Der Vorstand der sozialistischen Fraktion gibt in seiner Erklärung schliesslich der Hoffnung Ausdruck, dass Regierung und Parlament den Hoover'schen Anregungen zustimmen werden. Er betont dabei, dass die bedingungslosen Zahlungen, die zu einem schwachen Teil schon mobilisiert seien und in ihrer Gesamtheit mobilisiert werden müssten, von jeher nach der Auffassung der Sachverständigen ausschliesslich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt waren, und zwar auf Grund eines Rechtsprinzips, das über allen sogenannten Vertragsrechten stehe. Es dürfe keine Verwechselung der interalliierten Schulden und der Reparationszahlungen, und keine Verjährung der Reparationen geben. Notwendig sei, dass, wenn für dieses Jahr, dem Hoover'schen Vorschlag entsprechend, sämtliche Zahlungen Deutschlands, die bedingten wie die unbedingten, eingestellt würden, zu gleicher Zeit Deutschland langfristige und billige Kredite gewährt würden, und zwar unter der Kontrolle des Völkerbundes und der BIZ. Der bedingungslos zu leistende Teil der Young-Zahlungen könnte von Deutschland eventuell in Mark an die Kasse der BIZ gezahlt werden, um der Bank die für die Sanierung notwendigen Kreditoperationen zu ermöglichen.

In der Erklärung der Sozialisten wird zum Schluss noch die Hoffnung ausgesprochen, dass durch die verschiedenen Massnahmen, die getroffen werden müssen, eine Entspannung eintrete, die auch das notwendige Werk der Abrüstung im günstigen Sinne beeinflusse.

SPD. Oberkirch, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag vormittag um 10 Uhr hat ein Lastkraftwagen aus Gotha die sterbliche Hülle Wilhelm Bocks von Oberkirch im Schwarzwald in seine Heimat getragen. In der Nacht zum Dienstag war der Tote im Krankenhaus des Bezirksamts Oberkirch aufgebahrt worden.

Der Bürgermeister des Amtsstädtchens Oberkirch hielt bereits am Montag abend in der Gemeindeverordneten-Versammlung eine Gedächtnisrede für den Verstorbenen. Er feierte ihn als Menschen, dessen Streben dahin gegangen sei, den Interessen der Allgemeinheit dienstbar zu sein. Die schlichte behördliche Trauerfeier endete mit dem Beschluss, dass die Stadtkapelle Wilhelm Bock bei der Ueberführung ins städtische Spital an der Stadtgrenze einholen sollte. Um 9 Uhr abends setzte sich der schlichte Trauerzug der Kurgäste des gewerkschaftlichen Ferienheims bei Bad Sulzbach in Bewegung. Arbeiter, Bauern und Bürger der angrenzenden Gemeinde schlossen sich dem Zuge an. Als die Stadtgrenze von Oberkirch erreicht war, leuchtete Fackelschein in den dunklen Abend und ein Choral gab Ausdruck von dem Leid, das alle bewegte. Adolf Geck, sein alter Mitstreiter aus frühester Jugend, stand am Wegesrand auf der Landstrasse und rief ihm Worte des Gedächtnisses nach. Er sagte: "Dieser schlichte Wagen trägt ein Kleinod, dessen Wert jahrzehnte hindurch gegolten hat. Der Name dieses Mannes wird in die Geschichte des schaffenden Volkes eingeschrieben sein. Sein Kampf galt den Armen und Entrechteten und die Vorsehung hat ihm als Gnade für ein kampfreiches Leben einen fast wunderbaren Tod gegeben. Seine Verdienste um die Arbeiterklasse und die Menschheit wird die grosse Trauerfeier in seiner Heimat zu würdigen haben. Wir, die Bewohner des Renzh-Tales, geben Dir einen letzten Gruss in Deine Heimat, verbunden mit dem Dank für alles, worum Du gestritten hast."

Der sozialdemokratische Abgeordnete des badischen Landtages Reinbold-Mannheim wünschte dem toten Führer auf der letzten Reise in seine Heimat unter Würdigung seiner Verdienste für die Sozialdemokratie ein letztes Lebewohl, verbunden mit der Mahnung an das lebende Geschlecht, im Kampf für die Sozialdemokratie nicht zu erlahmen. Im Mondscheinlicht der Nacht bewegte sich der stumme Trauerzug dann durch die Strassen von Oberkirch, die umsäumt waren von der mittrauernden Arbeiter- und Bürgerschaft. Auf dem rot drapierten Sarge lagen Blumengebinde aus roten Rosen von der Kurverwaltung des gewerkschaftlichen Ferienheims, den Kurgästen und der badischen Bezirksparteiorganisation. Ehe Wilhelm Bock am Dienstag vormittag die letzte Reise vom Krankenhaus Oberkirch in seine Heimat antreten musste, überbrachte ein Arbeiter aus dem Renzh-Tale die letzten Grüsse der dortigen sozialdemokratischen Mitgliedschaft.

SPD. München, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Mit einer knalligen Ueberschrift versucht das Hitler-Organ die Enthüllungen der "Münchener Post" über Röhm als Verleumdungen hinzustellen. Eine hettgedruckte Erklärung des Röhm liefert aber den glatten Beweis, dass sein Freund Dr.Maier den belastenden Bericht tatsächlich verfasst hat. Denn Röhm behauptet selbst, dass er nach dem Erscheinen des Berichts in der "Münchener Post" Dr.Maier angeboten habe, seinen Bericht zu widerrufen. Auf die sachlichen Dinge geht Röhm in seiner Erklärung nur mit der Behauptung ein, dass der Inhalt unwahr sei. Im übrigen lehne er es ab, darauf zu antworten.

Dass diese merkwürdige Art einer Berichtigung der Wahrheit nicht standhält, beweist ein ausserordentlich interessanter Brief des Feme-Schulz, der nach der Stennes-Revolte von Hitler als Osaf in Berlin eingesetzt wurde. Dieser an Hitler gerichtete Brief, den die "Münchener Post" am Mittwoch veröffentlicht, ist neuesten Datums und geschrieben, noch ehe Schulz von seinem Berliner Posten wieder abberufen war. Die Vermutung liegt also nicht allzufern, dass Schulz gerade wegen seiner scharfen Kritik an der Röhm-Clique von Hitler kaltgestellt wurde. Das Hitlerorgan kann seine aus Verlegenheit und Wut gebraute Antwort nicht anders als mit verbrecherischen Drohungen herausschreien. Ein solches Mittel mag in bolivianischen Urwäldern üblich und wirksam sein, in Deutschland aber wird der

Stabschef des Herrn Hitler nicht darum herumkommen, insbesondere nach dem Bekanntwerden des Schulz-Berichtes geradezustehen und Rechenschaft abzulegen, auch wenn dem Herrensitz im Braunen Hause darüber Hören und Sehen vergehen sollte.

SPD. Wien, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag hat sich die Regierung Buresch dem Nationalrat vorgestellt.

Der Bundeskanzler erklärte, dass sein Kabinett die von der früheren Regierung vorgeschlagenen Massnahmen grundsätzlich weiter verfolgen, aber gewisse Aenderungen vorschlagen werde. Jn der Aussenpolitik würden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten und die guten Beziehungen zu den grossen Mächten aufrecht erhalten werden. Der wertvollste Bestandteil der Aussenpolitik sei aber die alte Freundschaft mit dem Deutschen Reich. Bezüglich der Zollunion halte es die Regierung nicht für angebracht, sich vor der Entscheidung des Haager Gerichtshofes zu präjudizieren.

Jm Namen der Sozialdemokraten erklärte Abgeordneter Danneberg, die Lehre der letzten Kabinettskrise sei, dass auf die Dauer ein Regime gegen die Arbeiter nicht möglich sei. Die Sozialdemokraten würden sich nicht als Aushängeschild für eine konkursreife bürgerliche Politik hergeben. Die Arbeitslosenversicherung müsse aufrechterhalten bleiben und auch die Krisenfürsorge dürfe nicht unterhöhlt werden.

SPD. Paris, 23. Juni (Eig,Drahtb.)

Jn der Kammer sind zu der Botschaft Hoovers bisher sieben Jnterpellationen eingegangen.

Der "Jntransigeant" will am Dienstag aus guter Quelle erfahren haben, dass der von Hoover vorgeschlagene Zahlungsaufschub nicht nur für ein Jahr, sondern für zwei Jahre gelten soll. Um die durch den Einnahmeausfall in den Budgets der früheren interalliierten Länder entstehenden Defizite auszugleichen, solle beabsichtigt sein, eine von den Amerikanern und den alliierten Ländern gerantierte Anleihe von drei Milliarden Dollar aufzunehmen. Die Verhandlungen darüber würden in der nächsten Zeit stattfinden.

Wie die "Liberté" mitteilt, soll die belgische Regierung sich hinsichtlich der Botschaft Hoovers bereit erklärt haben, dem Vorgehen Frankreichs zu folgen.

SPD. Braunschweig, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Die braunschweigische Regierung hat sich jetzt gegen den früheren Herzog von Braunschweig wenden müssen.

Der Herzog hatte sich geweigert, den auf ihn entfallenden Verwaltungskostenbeitrag für das Landesmuseum in Braunschweig und die Landesbibliothek in Wolffenbüttel zu zahlen. Auf eine kleine Anfrage eines sozialdemokratischen Abgeordneten hat die Regierung jetzt geantwortet, dass der Vorstand der Museums- und Bibliothekssstiftung bei der obersten Verwaltung des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg Vorstellungen wegen der Kürzung des Verwaltungskostenbeitrages erhoben hat. Falls dieser Schritt vergeblich bleibe, wolle das Staatsministerium das Nötige zur Durchführung der aus dem Vertrag vom Juni 1925 sich ergebenden Verpflichtungen veranlassen. Ministerium und Landesbibliothek sollen in beschränktem Umfange geöffnet bleiben. Das braunschweigische Staatsministerium hat also den früheren Herzog von Braunschweig verklagen müssen.

SPD. Das Provinzialschulkollegium Berlin hat den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Studienrat Dr. Loepelmann von der "Fichte-Realschule" in Berlin-Friedenau durch Disziplinarurteil vom 23. Juni mit Dienstentlassung bestraft. Loepelmann hat sich fortgesetzter Beschimpfungen und Beleidigungen gegenwärtiger und ehemaliger Mitglieder der Reichs- und Preussischen Staatsregierung schuldig gemacht.

SPD. Wien, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Verfassungsgerichtshof hat am Dienstag die vom Rektor der Wiener Universität erlassene Studentenordnung, die auf den Grundsätzen der hakenkreuzlerischen Rassentheorie basiert, als verfassungswidrig aufgehoben. Die Folge waren ungeheure Krawalle der Hakenkreuz-Studenten. Zahlreiche jüdische Studenten wurden verletzt. Der Rektor verfügte wegen der Zwischenfälle die sofortige Schliessung der Universität.

SPD. Eine Reichsorganisation aller deutschen Polizeibeamten ist am Dienstag auf einer Tagung der freigewerkschaftlichen Polizeibeamtenverbände des Reichs und der Stadt Danzig geschaffen worden. Die Reichsorganisation trägt den Namen "Reichsbund Deutscher Polizeibeamten" und ist dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen. Der Reichsbund wird in Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen unterteilt und übernimmt gegenüber seinen Mitgliedern die gleichen Pflichten, wie bisher der Allgemeine Preussische Polizeibeamtenverband.

Der konstituierende Verbandstag hat bereits die Satzungen der neuen Reichsorganisation festgelegt. Er beschloss die Herausgabe eines Aufrufs an alle deutschen Polizeibeamten, der zum Eintritt in den Reichsbund auffordert. Zum ersten Vorsitzenden des Reichsbundes ist einstimmig Klemm-Jena, ein von Frick während der Nazi-Aera in Thüringen gemassregelter und in den Wartestand versetzter Polizeirat, gewählt worden.

Mit der Gründung des Reichsbundes Deutscher Polizeibeamten ist unter den Versuch des früheren Hauptvorstands des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverbandes, die freigewerkschaftliche Organisation mit dem Schrader-Verband zu verschmelzen, ein Schlusstrich gemacht worden.

SPD. Schwerin, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Finanzminister von Mecklenburg-Schwerin machte vor Vertretern der mecklenburgischen Wirtschaft in einer vertraulichen Besprechung über seinen Kampf gegen die Einverleibung seines Landes in Preussen erbauliche Ausführungen:

Der Finanzminister erklärte, dass er Mecklenburg-Schwerin in seiner jetzigen freistaatlichen Form bis zu dem Zeitpunkt erhalten wolle, an dem die Reichsreform in Deutschland durchgeführt werde. Er wolle verhindern, dass Mecklenburg-Schwerin sich infolge gewisser Zwangsläufigkeiten zu einem Anschluss an Preussen bequemen müsse. Diese seine Absichten könne er aber nur durchführen, wenn die mecklenburgische Wirtschaft schwere Opfer auch in steuerlicher Hinsicht für die Erhaltung der Selbständigkeit Mecklenburg-Schwerins auf sich zu nehmen gewillt sei. Sollten der Regierung aber Schwierigkeiten im Lande gemacht werden oder sollte Mecklenburg-Strelitz mit dem Land Rastenburg sich zu einer Einverleibung in Preussen entschlissen, dann würde es ihm, dem Finanzminister, sehr schwer gemacht werden, die Selbständigkeit Mecklenburg-Schwerins bis zur Durchführung der Reichsreform zu erhalten. Man müsse sich dann mit dem Gedanken vertraut machen, dass unter dem Druck der Finanzlage des Landes ein Anschluss an Preussen für Mecklenburg-Schwerin unter Umständen unvermeidlich würde. Allerdings sei er der Auffassung, dass Mecklenburg-Schwerin von einem Anschluss an Preussen keine grossen Vorteile habe würde. Komme also die Reichsreform nicht bald und käme Mecklenburg-Schwerin und seine Wirtschaft nicht in nächster Zeit aus den Schwierigkeiten heraus, dann müsse man bezweifeln, dass es möglich sei, Mecklenburg-Schwerins Eigenstaatlichkeit zu erhalten.

SPD. Die Meldung, dass dem früheren Reichstagsabgeordneten der Volkspartei, Herrn Generaldirektor Vögler, vom Reichskanzler das Amt eines Reichswirtschaftsministers angetragen worden sein soll, wird von zuständiger Seite als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

SPD. München, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Heizungsmonteure Bayerns befinden sich seit Dienstag in Streik. Die Arbeitsniederlegung erfolgte wegen der masslosen Lohn- und Zulagenabbauforderung der Unternehmer, die bei dem einzelnen Arbeiter einen Verdienstausfall von etwa 20 Mark pro Woche ergeben hätte.

SPD. Das Reichswehrministerium bemüht sich zurzeit, dass die Bezüge der Mannschaften und der Offiziere bis zum Hauptmann entgegen der Notverordnung auf ihrem gegenwärtigen Stand belassen werden. Nur die Gehälter der Ränge vom Stabsoffizier ab sollen dem Abbau, wie ihn die Notverordnung vorsieht, unterworfen werden.

SPD. Braunschweig, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

Dem Ersuchen des braunschweigischen Naziministers Dr.Frantzen auf Einsetzung eines Staatskommissars für die Stadt Braunschweig hat die Gemeindekammer von Braunschweig am Dienstag stattgegeben. Die Einsetzung des Kommissars ist notwendig geworden, nachdem die Stadtverordnetenversammlung von Braunschweig die notwendigen Steuern abgelehnt hat.

(Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören am Mittwoch vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

SPD. München, 23. Juni (Eig.Drahtb.)

In ihrer Dienstag-Ausgabe setzt die "Münchener Post" ihre Enthüllungen über die Ehrwürdigkeit von Hitlers Stabschef Herrn Röhm fort. Danach heisst es in dem Bericht des Hakenkreuz-Funktionärs Dr.Maier-Regensburg weiter:

"Am Montag, den 4. Mai wurde mir durch einen Beamten der Abteilung Ia beim Polizeipräsidium in Berlin mitgeteilt, dass von kommunistischer Seite ein Attentat gegen den Chef anlässlich seiner Vernehmung in Moabit am 8. Mai geplant sei. Bei der politischen Einstellung des Polizeipräsidenten sei an einen wirksamen Schutz nicht zu denken. Von Bergmann erfuhr ich, dass auch von Stennes- Seite eine Aktion gegen den Chef und Sie persönlich beabsichtigt sei. Ich fuhr daraufhin am Dienstag abend von Berlin ab und traf am Mittwoch vormittag in München ein. Im Braunen Haus traf ich um ½1 Uhr mit Oberleutnant Reiner zusammen, von dem ich erfuhr, dass Sie von Ihrer Wiener Reise erst nachmittags gegen 5 Uhr zurückerwartet würden. Ich berichtete daher Reiner von allem, was ich in Berlin in Erfahrung gebracht habe, machte insbesondere die Begleiter des Chefs, Oberleutnant Brückner und Himmler, auf die Gefahren in Berlin aufmerksam und fuhr dann 11.05 Uhr nach Regensburg zu meinen Eltern. Um 5 Uhr rief ich dann von Regensburg bei Reiner telephonisch an und hörte, dass Sie mich abends noch sprechen wollen. Ich traf gegen 9 Uhr in Ihrer Wohnung, Hohenzollernstrasse 11/O, ein und wir besprachen eingehend die Lage. Da der Chef, wie Sie telefonisch feststellten, bereits im Wagen nach Hamburg gefahren war, war eine direkte Verständigung nicht mehr möglich. Ich berichtete Ihnen noch über den Fall Dr. Heimsoth und veranlasste Sie, dass Dr.Heimsoth durch unverbindliche Schreiben hingehalten werden sollte, bis dass ich die Briefe in Besitz hätte. Sie wiesen mich noch darauf hin, dass nach zuverlässigen Nachrichten hinter den Artikeln in der "Münchener Post" Ihr früherer Freund Neunzert stehe. Auch der Leutnant Schweiker sei im höchsten Masse suspekt. Dieser habe nämlich am Stammtisch im Bratwurstglöckl erzählt, dass Sie wegen schwuler Affären mit einem blauen Auge nur dank seines Eingreifens vor einem offentlichen Skandal bewahrt worden wären. Ständig riefe die Kriminalpolizei bei Ihnen an, um Sie zu vernehmen. Sie hätten alle Mühe gehabt, dem Beamten klar zu machen, dass er in einigen Tagen zur Einvernahme kommen solle, da Sie nach Berlin reisen müssten. Das unangenehmste aber sei, dass eine wohlmeinende Freundin Ihrer Mutter über Ihre Veranlagung erzählt habe. Das sei zwar gut gemeint gewesen, habe Sie aber nun auch bei Ihrer Mutter in die prekärste Lage gebracht. Beim Abschied waren wir uns klar, dass auch in München mit einem geeigneten Vorgehen gegen die Durchstechereien vorgegangen werden müsse. Dass die Berliner Quellen zum Teil auf Gregor Strasser zurückgingen, war gemeinsame Auffassung.

Am folgenden Tage trafen wir uns dann verschiedene Male in Ihrem Zimmer im Braunen Haus. Sie legten mir klar, dass aus strategischen Gründen wegen der besseren Abriegelung der Habsburger Hof dem Hotel Kaiserhof vorzuziehen sei. Es sei Ihnen leider nicht mehr möglich gewesen, den Chef davon zu überzeugen, der am Donnerstag abend in Berlin eintreffen und im Hotel Kaiserhof absteigen werde. Sie bäten mich aber, in Berlin alles Erforderliche zu veranlassen. Sie würden am Donnerstag abend um 9 Uhr mit dem FD-Zug eintreffen und ich möchte Sie dann abholen. Als ich am Donnerstag morgen in Berlin eintraf, beeilte ich mich zunächst festzustellen, ob die gegen den Chef geplanten Aktionen noch fortbeständen. Die darüber erhältlichen Nachrichten deckten sich mit denen, die ich bei meiner Abreise nach München erhalten. Auch beim Gau Berlin, Dr.Meinzhausen, lagen Meldungen vor, dass ein Attentat gegen den Chef geplant sei.

Worüber ich aber am meisten erstaunte, war die Erfahrung, dass schon im Stennes-Lager bekannt war, dass der Chef im Hotel Kaiserhof absteigen werde. Auch erfuhr ich zuverlässig, dass der Stennes-Mann Gundel unter einem anderen Namen im Hotel Kaiserhof abgestiegen sei, um so Gelegenheit zu haben, den Chef wegen der Stennes-Affäre zu stellen. Ich hinterliess daher im Hotel Kaiserhof eine Meldung für Oberleutnant Brückner des Inhalts, dass aus Sicherheitsgründen das Hotel Habsburger Hof für den Chef und seinen Stab am geeignetsten sei. Ich begab mich dann ins Hotel Habsburger Hof und belegte dort Zimmer, wobei ich den Direktor ausdrücklich anwies, die Sache geheim zu halten.

Nachmittags hatte ich eine Besprechung mit Hauptmann Röhrbein. Röhrbein verlangte kategorisch sofortige Verwendung. Er habe ein bindendes Versprechen von Ihnen, sehr verehrter Herr Oberstleutnant, und lasse sich nicht mehr länger hinhalten. Wenn seine Verwendung hintertrieben würde, dann werde er einfach mit Ihnen brechen. Ueber seine homosexuelle Veranlagung wisse kein Mensch etwas. Er sei deshalb nie bestraft worden. Im übrigen habe er demnächst Termin in seiner Privatklage gegen den Chef des "Berliner Tageblatts" und dann würden die gegen ihn in diesem Blatte erhobenen Vorwürfe in sich zusammenbrechen. Fände sich keine Verwendung für ihn, dann würde er veranlassen, dass sein Freund Ernst seinen Posten als Stabschef, welche Tätigkeit ohnedies nur mit 300 RM honoriert werde, quittieren würde. Ich habe Röhrbein zugeredet, sich doch noch zu gedulden. Er müsste doch einsehen, dass gerade im Hinblick auf die Ohrfeigen-Affäre im Vereinslokal Böse eine Beruhigung eintreten müsse. Er möge doch bedenken, dass er Ihnen als Freund grosse Schwierigkeiten bereiten würde. Röhrbein zeigte sich allen meinen Argumenten gegenüber unzugänglich. Er versteifte sich darauf, dass Sie ihm schon im Dezember die Verwendung zugesagt hätten. Ihm sei es zu verdanken, dass die Stennes-Rebellion aufgekommen sei. Sein Bericht sei für Sie bestimmend gewesen, Stennes abzusetzen. Sie hätten ihm erklärt, dass Sie bei "Adolf" alles durchsetzen könnten. Nun sollten Sie endlich zeigen, was Sie könnten. Ich versprach Röhrbein, Ihnen noch am gleichen Abend zu berichten und bat ihn, sich für eine Besprechung mit Ihnen bereitzuhalten.

Ich ging dann ins Hotel Kaiserhof, um die Ankunft des Chefs abzuwarten. Um ½9 Uhr liess ich mich durch den Bruder von Edmund Heines, Oskar Heines, ablösen, um mich zum Anhalter Bahnhof zu begeben und Sie abzuholen. Dort berichtete ich Ihnen kurz. Sie gingen mit Graf du Moulin und den anderen Herren, Major Buck, Hauptmann Göring, Stadtrat Esser ins Hotel Habsburger Hof auf die bereitgestellten Zimmer. Ich selbst fuhr dann mit Esser zum Hotel Kaiserhof. Gerade als wir ankamen, war auch der Chef in Begleitung von Oberleutnant Brückner im Wagen angekommen und hatte sich Zimmer anweisen lassen. Esser und ich begaben uns sofort zum Chef, dem ich meldete, dass ich aus Sicherheitsgründen Zimmer im Habsburger Hof belegt hätte. Hitler bestand aber darauf, im Kaiserhof zu bleiben und ersuchte mich, Sie, sehr verehrter Herr Oberstleutnant, und die anderen Herren ins Kaiserhof zu bitten. Kurz darauf trafen Sie und die anderen Herren ein.

Ich berichtete Ihnen über meine Verhandlung mit Hauptmann Röhrbein. Sie erklärten kategorisch, dass eine sofortige Verwendung von Röhrbein nicht zu denken sei, weil Sie eine solche Belastung der Partei gegenüber nicht verantworten könnten. Sie hätten ohnedies einen Fall wegen Homosexualität beim Chef zu vertreten. Wenn "Adolf" auch alles billigen würde, was Sie vorschlügen, so seien dem auch seine Grenzen gezogen. Erhebliche Geldaufwendungen für Spitzelarbeit in der Partei. Am folgenden Tage war dann die Vernehmung des Chefs und wir sahen uns nur kurz. Dafür konnte ich mit Graf du Moulin über meine Tätigkeit eingehend sprechen. Ich verbreitete mich über meine Beziehungen zu massgebenden Leuten aus dem Stennes- und Strasserkreis und machte auch konkrete Angaben über die Gelder, die ich dabei auszugeben gezwungen war. Wenn ich meine Tätigkeit in dem vorgeschriebenen Umfange durchführen wollte, dann waren für den Anfang wenigstens erhebliche Geldaufwendungen erforderlich. Es ist doch ohne weiteres klar, da mir die Informationen nur gegeben werden, wenn ich mit geldlichen Zuwendungen nicht karge. Dass ich diese aus eigener Tasche aufwenden würde, das konnten Sie nicht erwarten. Dazu wäre ich auch nicht in der Lage gewesen. Ich habe im ganzen 1100 RM verbraucht. Davon entfallen über 350 RM für Reisen, Auto, Telefon, Hotels usw. Die restlichen 750 RM verteilen sich auf die einzelnen Gruppen, auf die sich der Nachrichtendienst besonders erstreckte. Ich kann doch die Briefe, Akten und das sonstige Material nicht selbst wiedererlangen.

Ich werde mir erlauben, Ihnen, sehr verehrter Herr Oberstleutnant, am Sonntag, den 23.d.M. über Einzelheiten persönlich vortrag zu halten.

Ihr Ihnen in aufrichtiger Verehrung sehr ergebener

gez.: Dr. Maier."

Soviel für heute. Morgen Fortsetzung.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Rathenau=Hetze ohne Ende.

SPD. Vor neun Jahren ist Walther Rathenau für die Deutsche Republik gestorben. Nationalisten haben ihn meuchlings ermordet. Die Nachfolger des Mordgesindels beschimpfen seit neun Jahren ihr Opfer noch im Grab. Die gemeine Verleumdung und Begeiferung des Toten hat niemals ein Ende gefunden. Die nationalsozialistische Propaganda hat die systematische Rathenauhetze in der letzten Zeit in verstärkter Form wieder aufleben lassen. Die Gerichte der Republik versagen gegenüber dieser Gemeinheit, die nichts anderes ist als eine jahrelange Verlängerung des Mordes und der Mordhetze, vollständig. Die Strafkammer des Landgerichts Beuthen hat in diesen Tagen gegen einen nationalsozialistischen Schimpfbold namens Petereck verhandelt, der Rathenau als Verräter beschimpft hat. Der Schimpfbold war vom Schöffengericht mit vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung hat die Strafkammer Beweiserhebung beschlossen, insbesondere darüber, ob Rathenau ein Verräter gewesen sei. In der Verhandlung lehnte der nationalsozialistische Rechtsanwalt Dr. Han-Seida einen der Richter ab, weil er Jude ist. Das Landgericht gab dem Ablehnungsantrag statt

Das Plädoyer, das der nationalsozialistische Verteidiger vor diesem Gericht halten durfte, war von Anfang bis Ende eine einzige Beschimpfung des von den Gesinnungsgenossen des Verteidigers ermordeten Rathenau. Es war abgestellt auf die These, die Behauptung, Rathenau sei ein Verräter, sei weder eine Beschimpfung noch eine Verleumdung, es sei höchstens eine üble Nachrede, die Behauptung sei aber erweislich wahr. Alles, was Rathenau getan und geschrieben habe, sei, wenn auch vielleicht nicht Hoch = oder Landesverrat im Sinne des Strafgesetzbuches, doch etwas, was man wohl als Verrat an Volk und Vaterland bezeichnen würde.

Das Gericht sprach den angeklagten nationalsozialistischen Schimpfbold frei. Die Folge davon ist, dass nunmehr der gemeine Hetzfeldzug gegen den von Nationalsozialisten ermordeten Minister der Republik Rathenau in verstärktem Masse fortgesetzt werden wird. Es ist kein Zweifel, dass es sich bei dieser Hetz darum handelt, eine Stimmung zu erzeugen, die neue politische Morde nach dem Muster des Rathenau=Mordes begünstigen soll. Es ist zugleich kein Zweifel, dass in der Haltung von Richtern, die einen derartigen Verleumder freisprechen, eine stillschweigende Billigung der Motive der Mörder und ihrer verleumderischen Freunde liegt. Ganz abgesehen davon, dass dieses Urteil eine Verletzung des formellen und materiellen Rechts darstellt. Es ist kein Zweifel, dass die nationalsozialistische Welle in der Justiz stärker ist als je zuvor und dass ein Teil der Richter in Preussen seine Funktion zu nationalsozialistischer Propaganda und zur Begünstigung nationalsozialistischer Gesetzesverletzungen missbraucht!

Der neue Nic Carter.

Ein gerissener Geschäftsnationalsozialist veröffentlicht im "Völkischen Beobachter" die folgende Anzeige: "Spannende Kriegserlebnisse, eventuell mit Originalphotos von Zeitschrift gesucht. Länge von ca. zwei Quartdruckseiten an. Im Stil gleichgültig, da eventuell umgearbeitet wird. Im Notfalle genügen Einzelangaben. Gutes Honorar". Da soll die Jugend mit Räubergeschichten aus dem Kriege versorgt werden! Statt der Wahrheit soll sie Märchen erfahren. Das Hauptgewicht wird darauf gelegt, dass die Kriegserlebnisse spannend sind, das heisst, dass sie verlaufen wie eine Indianergeschichte oder wie ein Detektivroman. Auf

diese Weise soll bewusst eine neue Gattung von Schundliteratur,nämlich die Kriegsschundliteratur gezüchtet werden. Hauptsache,dass der Franzmann möglichs drastisch verröchelt! Der Stil ist gleichgültig,das Blut die Hauptsache. Je blutiger der Stil, um so grösser das Geschäft mit dem Schund.

Der Kriegsschundliteratur=Fabrikant hat sich das richtige Organ für seine Anzeige ausgesucht. Es wird nicht lange dauern,dann wird mann seine Schundfabr kate im Nic Carterstil zur Verseuchung der Jugend in der nationalsozialistisch Presse als die neueste und beste deutsche Kriegsliteratur ausgeschrieen finden

Geschäft bei Hugenberg.

Von Zeit zu Zeit muss man einen Blick in den Inseratenteil des Hugenberg' schen Hauptorgans, des "Berliner Loka=Anzeigers", werfen, um zu verstehen,auf welche Weise die sogenannte nationale Presse des Herrn Hugenberg Geschäfte macht. In einer einzigen Nummer des "Lokal=Anzeiger" fanden wir unter der harmlosen Rubrik "Vereinswesen,Gesellschaft,Spiel und Sport" die folgende kleine Auslese bezeichnender Inserate:

"Reisegefährte für den Sommer gesucht für jugendfrische,vornehme,unab= hängige Dame,Anfang 40, aus rein deutschen Offiziers=,höheren Beamten=oder verwandten Kreisen".

Das ist eine sehr deutliche Offerte,wenn sie auch auf rein deutsche Krei= se beschränkt ist. Noch deutlicher wird es in dem folgenden Inserat:

"Fabrikbesitzer 31 wünscht Verbindung mit einem hübschen,hellblonden Mä= del, 17 - 20 Jahre als Reisebegleiterin in schwerem Reisewagen in der Schweiz und Tirol. Erledigung kleiner Korrespondenz genehm."

Das hübsche hellblonde Mädel soll dabei nicht nur nachts,sondern auch am Tage auf der Schreibmaschine die Reise abverdienen! Für Leute,die ein dickes Portemonnaie besitzen,öffnet Hugenbergs "Lokal=Anzeiger" skrupellos seine Spalten,damit sie dort ungeniert den Mädchenhandel betreiben könne. Da sucht ein Grosskaufmann für Vergnügungsreise nach Paris und London "Reisekameradin" bis zu 30 Jahren. Ein Herrenfahrer Mitte Dreissig eine elegante,hübsche Dame für gemeinsame Autoreise nach Italien. Man geniert sich nicht,die gewünschten Eigenschaften der gesuchten Exemplare werden deutlich beschrieben.So zum Bei= spiel: "Wanderpartnerin,vollschlank,lebenslustig,Rotblondsächsin bevorzugt". Oder: "Für Ostseereise oder Reise in die Sächsische Schweiz korpulente oder vollschlanke gut aussehende Dame Ende Zwanziger bis Ende Dreissiger gesucht".

Aber auch die andere Seite findet bei dem Inseratenchef des Herrn Hugen= berg weitgehende Toleranz. Neckisch wird da in einem Inserat gefragt: "Welcher vornehme ältere Herr möchte mit gebildeter Dame Ende Vierzig schöne Sommerrei= se erleben?" Wenn man die Hugenberger auf diesen Teil ihrer Zeitungen stel= len wird, werden sie selbstverständlich mit heuchlerischem Augenaufschlag ver= sichern,dass dies alles doch ganz harmlos gemeint sei. Selbstverständlich,ge= nau so harmlos wie das Inserat eines Geschäftsmannes,der im selben Teil nach einer seelenvollen Ausgehkameradin inseriert. Seelenvolle Ausgehkameradin - wenn das nicht harmlos sein soll! Hauptsache aber: das Geschäft bei Hugenberg blüht, Geld stinkt nicht, und wenn hinten Geschäfte mit dem Fleischmarkt ge= macht werden, kann man vorn im redaktionellen Teil mit frommem Augenauf= schlag sich über die sittliche Verwahrlosung der Welt ergehen und sich über die Unsittlichkeit jener Kreise erregen,die auf eine Aufhebung des § 218 hin= arbeiten. In wievielen Fällen mag das,was im Inseratenteil der Hugenbergpresse angebahnt wird, beim Konflikt um den § 218 enden! Aber auch dafür ist bei Hu= genberg vorgesorgt. Der Inseratenteil seiner Presse weist ebenso sicher den Weg zu den weisen Frauen und den Aerzten,die das Geschäft des Verstosses ge= gen den § 218 besorgen!

Aus aller Welt

Der Geräuschteufel.

Wenn es dem "Tonmixer" in den "Kochtopf" regnet.....

SPD. Was abends dem Kinobesucher als fertige,wohl= und natürlichklingende Tonfilmvorführung kredenzt wird, das hat einen langen,mühevollen Weg des Werdens hinter sich. Das Mikrophon nämlich,inbezug auf die Tonaufnahme weit empfindlicher als das menschliche Ohr,registriert genauestens und unbarmherzig jedes Geräusch, mag es nun in den Rahmen der Handlung passen oder nicht.Daraus ergaben sich anfänglich - heute ist man auf dem Gebiete praktischer Erfahrung ja schon um vieles klüger geworden - allerlei Hindernisse,Probleme und komische Situationen.

Orchestermusik mit Trommelfeuer.

Bei einer Musikaufnahme,die man für durchaus gelungen hielt,erweckte die spätere Vorführung den Eindruck,als hätte man sich zur Erzielung ganz besonderer musikalischer Effekte eines lebhaften Maschinengewehrfeuers bedient.Trotz gründlicher Untersuchung des Apparates war an ihm keinerlei Defekt festzustellen. Man riet hin und her,endlich erinnerte sich einer der Anwesenden,dass es während der Aufnahme heftig geregnet hatte und es ergab sich die Tatsache,dass von dem boshaften Mikrophon der auf das Dach aufklatschende Regen getreulich registriert worden war.

Der Teddybär mit der Autohupe.

In einem Kinderfilm wurde ein spielendes,kleines Mädchen dargestellt,das unter anderem einen kleinen,putzigen Teddybären liebevoll ans Herz zu drücken hatte. Bei dieser Aktion erwartete man das übliche zarte Gequieke,das gewisse mechanische Spielsachen von sich zu geben pflegen. Aufnahme: Alles ging glänzend,die Kleine spielte ihre Rolle grossartig, der Teddybär war zur Stelle und im gegebenen Augenblick ergriff ihn die kleine Diva und drückte ihn mit einem süssen Kinderlächeln an sich. Alles freute sich der wirklich reizenden Szene und ihrer Natürlichkeit. Aber o weh, das dicke Ende kam nach! Bei der Vorführung bekam man keinen gelinden Schreck,als das winzig=kleine Wollvieh beim Druck gegen sein wattiertes Bäuchlein den kräftigen,weithin hörbaren Ton einer ausgewachsenen Autohupe von sich gab. Unseligerweise war in diesem Moment ein Auto vorüber gefahren und hatte in dem für die Filmaufnahme unpassendsten Moment Signal gegeben!

Familienkonflikt mit Jazzbegleitung.

In Wien passierte folgender Fall: Bei der Vorführung einer überaus dramatischen Szene zwischen Vater und Sohn kam plötzlich der Tontechniker ganz bestürzt ins Atelier und suchte das unheilvolle Orchester,das gerade jetzt höchst neckische Jazzweisen verzapfte, Weit und breit war der musikmachende Uebeltäter nicht zu finden,bis sich herausstellte,dass sich,500 Meter vom Aufnahmeort entfernt,der Sender einer Radiostation befand,nichts Böses ahnend,ihr Programm abwickelte.

Das umgehängte Mikrophon.

Eine leidenschaftliche Liebesszene,die in zartestem Pianissimo vor sich gehen sollte,liess leider kein Wort von all dem verstehen,was der stürmisch Liebende seiner Angebeteten zuflüsterte.Näher und näher kam der Kameramann mit dem Apparat an das liebende Paar heran,umsonst,alles Liebesgestammel zerrann wie Märzenschnee in der Sonne. Was tun,sagte sich der Tontechniker verzweifelt.Lauter sollte auf keinen Fall gesprochen werden,so aber war überhaupt nichts zu verstehen und es wäre eine stumme Szene im sprechenden Film entstanden.

Schliesslich wusste sich der Aufnahmeleiter nur den einen Ausweg, er hängte das Mikrophon der Angebeteten um den Hals und der Liebhaber gestand nun, den Apparat geschickt verdeckend, seine grosse Filmliebe! - -

C.

+ + +

Der Freund der Schönheitskönigin. Von dem Schöffengericht Berlin=Charlottenburg wurde am Dienstag der Artist Torge wegen versuchten schweren Raubes zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Torge hatte versucht, einen Juwelenladen auszurauben, indem er dem Inhaber einen mit Chloroform getränkten Schwamm aufs Gesicht presste. Der Juwelier schrie jedoch laut um Hilfe, sodass der Räuber festgenommen werden konnte. In der Urteilsbegründung sagt das Gericht, dass es der persönlichen Verhältnisse des Angeklagten wegen weitgehende Milderungsgründe herangezogen habe. Der Angeklagte, dessen Charakter stark infantil sei, habe die Tat offensichtlich unter dem Einfluss seiner Freundin Margot Köpp, der "Schönheitskönigin von Berlin" verübt, die ihm in jeder Beziehung weit überlegen sei.

+ + +

Erdbeben in Neuseeland. In den Distrikten Gishorne bei Wairoa in Neuseeland ereignete sich am Dienstag ein schweres Erdbeben, dass vier Stunden lang Erschütterungen zur Folge hatte. Das Zentrum des Bebens befand sich in Nuhaka und in Morere, wo eine Anzahl Häuser zusammenstürzten.

+ + +

Ein Banditenstreich. Auf der Strasse zwischen Drama und Kawalla in Griechenland überfielen sechs bewaffnete Banditen alle vorüberfahrenden Autos und beraubten die Insassen. Nachdem sie acht Autos ausgeplündert hatten, gelang es ihnen, im neunten zu flüchten.

+ + +

Briefmarken der Republik. Bei der Herausgabe neuer Briefmarken für die junge spanische Republik wählte die Postverwaltung für die 15 Centesimo=Marke eine Darstellung der blutigen Unruhen vor dem Gebäude der medizinischen Fakultät im März 1931. Die 40 Centesimo=Marke zeigt einen Republikaner von 1872, die 25 Centesimo=Marke bringe einen Führer der jetzigen Republik mit der neuen Flagge als Hintergrund.

+ + +

Ein Laie als Krebsspezialist. Tschechoslowakische Zeitungen berichten über die Entdeckung eines slowenischen Lehrer Alois Poljsak, der ein Krebsheilmittel gefunden haben soll. Die Anwendung seiner Methode war ihm in seiner Heimat vom Ministerium untersagt worden. Darauf hat Poljsak sein Mittel an Wiener Kliniken ausprobieren lassen. Der Wiener Krebsspezialist Professor Bernhard Ascher veröffentlicht nun in medizinischen Fachzeitschriften die sensationelle Mitteilung, dass der äussere Krebs nach der Methode Poljsak absolut heilbar ist.

+ + +

Kommunistischer "Klassenkampf". Das Berliner Schnellgericht verurteilte am Dienstag zwei junge kommunistische Arbeitermdie Polizeibeamte als "Bluthunde" beschimpft und mit Steinen beworfen hatten, zu 6 bezw. 4 Wochen Gefängnis.

+ + +

Paratyphus in Mecklenburg. In Malchin in Mecklenburg sind Paratyphuserkrankungen aufgetreten. Acht Personen werden als ernstlich erkrankt gemeldet.

+ + +

Der Scheuen=Skandal. Der Lüneburger Scheuen=Prozess entrollt tagtäglich mehr, mit welch verbrecherischer Leichtfertigkeit der Angeklagte Direktor Straube in seiner Anstalt alles drunter und drüben gehen liess. Trotzdem die "Topfkratzer" schonungslos gestehen, versucht Straube verzweifelt weiter zu leugnen. Schon jetzt aber kann gesagt werden, dass es am Fall des "Erziehers" Straube nichts mehr zu deuteln gibt. Er liegt klar.

Wie wird die Ernte?

(Auf jeden Fall keine verspätete Ernte.)

SPD. Man weiss nicht recht, wie es mit der diesmaligen Getreideernte wird. Aber das eine steht fest, dass mit einer Erleichterung der Märkte von der Produktionsseite her kaum zu rechnen ist. Als das nordamerikanische Projekt, die internationalen Kriegs- und Reparationszahlungen für ein Jahr aufzuschieben, die Börsen aller Welt in Bewegung setzte, die Aktienkurse sprunghaft steigen und auch die Warenpreise nach längerer Zeit wieder einmal profitieren liess, schrieb eine amerikanische Wirtschaftszeitung charakteristischer Weise, dass das nordamerikanische Volksvermögen sich jedesmal um 30 Millionen Mark steigert, wenn der Weizenpreis pro bushel um 1 Cent in die Höhe geht. Darin bestehe der Wert des Hoover'schen Projekts für die nordamerikanische Volkswirtschaft. Das zeigt aber auch, wo Amerika der Schuh drückt.

Wenn man die Nachrichten ansieht, die seit einigen Wochen von Amerika aus in alle Welt gekabelt werden, dann müsste man mit einer schlechten Ernte rechnen. So hat jüngst noch eine amtliche amerikanische Stelle den Stand des Sommerweizens für "so schlecht wie nie zuvor" bezeichnet und eine kanadische Zeitung hat eine Ernteschätzung aufgemacht, wonach der Weizenertrag in den drei Prärieprovinzen niedriger sein würde als zur Zeit der schlimmsten Nachkriegsfehlernte. Das alles hat aber auf die Märkte nicht den geringsten Einfluss gehabt. Man erfuhr allerdings, dass die Winterweizenernte in der nordamerikanischen Union, deren Schnitt begonnen hat, in der Beschaffenheit gut ausgefallen ist. Das ist aber nicht allein ausschlaggebend. Massgebend sind die grossen nordamerikanischen Bestände. Man kann sich kein Bild machen, wie die Entwicklung sich gestalten wird, wenn die neue Ernte flotter ins Fliessen kommt und mit den riesigen Mengen zusammenstossen wird, die Amerika in seinen Lägern aufgehäuft hat. Andererseits ist die Kauflust der Zuschussgebiete äusserst gering. Europa, das vorerst noch wichtigste Weizenzuschussgebiet, schliesst sich weiter vor dem Weizenüberfluss in Uebersee ab.

Die Länder in Europa gehen z.T. dabei von agrarpolitischen Ueberlegungen aus. Die Projekte, die Weizenbestände im Südosten Europas für den Bedarf in Nordwesteuropa heranzuziehen, spielen dabei noch nicht einmal die Hauptrolle. Einmal ist es bis zur Verwirklichung dieser Projekte noch ein weiter Weg; des andern reichen die südeuropäischen Weizenvorräte eben hin, um nur einen Teil des Bedarfs in Nordwesteuropa zu decken. Viel wichtiger ist, dass sich die europäischen Länder im Rahmen der Rationalisierung ihrer Landwirtschaften in einer Umstellung auf vermehrten Weizenanbau befinden. Diese Umstellung hat z.T. Erfolg gehabt. Das gilt u.a. für Deutschland. Wie weit die Umstellung aber bisher geglückt ist, lässt sich an den vorliegenden Stichproben nicht ersehen. Man kann annehmen, dass die fortschrittlichen Landwirte sich auf vermehrten Weizenbau umgestellt haben, während die Masse der Landwirtschaft hinterherhinkt. Die Ueberlegungen gehen dahin, die Umstellung durch einen möglichst hohen Weizenpreis zu beschleunigen. Deshalb will man das Angebot aus Uebersee verknappen, was ja die Preisentwicklung nach oben treiben muss. Dass diese Agrarpolitik die Grenze des Verrüntigen und Möglichen dabei überschreitet -was für Deutschland der Fall ist -, ist seit langem klar.

Im übrigen steht die europäische Ernte selbst gut, zum mindesten ziem-

lich gut. Das gilt für alle wichtigen Weizenländer einschliesslich Deutschland. Andererseits wird über den Roggenstand sowohl in Deutschland als auch in Polen, also in den beiden Hauptländern, nicht selten geklagt. Ob mit Recht, das wird sich wohl erst in einigen Wochen herausstellen, wenn das Ergebnis der Roggenblüte genauer erkennbar geworden ist. Immerhin steht vorläufig das fest: Auf eine wesentliche Verspätung der Ernte ist nicht mehr zu rechnen; sie könnte sogar unter Umständen ziemlich früh beginnen.

Dadurch werden gerade in Deutschland wichtige Marktfragen aufgeworfen. Wie ist die Ernte zu mobilisieren? Wie werden sich die Verhältnisse z.B. am Roggenmarkt gestalten? Wie werden sich öffentliche Hand und privater Handel auseinandersetzen? Von alledem weiss man nur, dass der private Handel darauf verweist, sich angesichts der Politik des Reichsernährungsministeriums nicht besonders weit engagieren zu wollen. Damit würde der grösste Teil der Aufgabe auf die öffentlichen Stellen fallen. Womit man sich gegebenenfalls auch abfinden wird.

SPD. Auf der Hauptversammlung der Vereinigung der Elektrizitätswerke, die im Rahmen der elektrotechnischen Tagung in Frankfurt/Main stattfand, erstattete Direktor Passavant den Geschäftsbericht, indem er u.a. ausführte:

"Die Tätigkeit der Vereinigung der Elektrizitätswerke, des Spitzenverbandes der Stromlieferungs- und Stromverteilungswirtschaft, dem alle massgebenden deutschen und führenden ausländischen Werke angehören, erstreckt sich vornehmlich auf das Gebiet der Starkstromtechnik und Starkstromwirtschaft. Viel umstritten sind in letzter Zeit die Forderungen der Reichsrundfunkgesellschaft, die rigoros und einseitig gegen alle Störungen der Rundfunkhörer vorgeht, soweit sie durch die Stromerzeugung, Verteilung oder durch den Gebrauch elektrischer Geräte hervorgerufen werden, ohne zu berücksichtigen, dass eine Lösung dieser, in vielen wichtigen Punkten noch ungeklärten Frage nur in gemeinsamer Arbeit auf technisch-wissenschaftlicher Grundlage möglich ist. Die Bestrebungen, Polizei- und Gesetzgebung gegen die Starkstromwirtschaft aufzurufen, werden von der Vereinigung der Elektrizitätswerke zurückgewiesen, um so mehr, als sie sich in erster Linie gegen Gewerbetreibende, Heimarbeiter, Arzte und dergl. wenden, aber auch öffentliche Anlagen von grösster elektrizitätswirtschaftlicher Bedeutung und von hohem volkswirtschaftlichem Wert angreifen. Die Vereinigung beschränkt sich nicht auf blosse Gegnerschaft, sondern sie arbeitet selbst lebhaft an der Klärung der zahlreichen strittigen Fragen mit, die sich aus diesem Wettstreit der Meinungen ergeben haben; auch konnte sie bereits wesentliches zur Frage der Entstörung auf der Empfangsseite beitragen. Diese Arbeiten dienen also sowohl den Interessen der Elektrizitätswirtschaft wie insbesondere auch der Rundfunkhörer."

Direktor Passavant hat damit ein wichtiges Kapitel angeschnitten, mit dem der Rundfunk überhaupt steht und fällt. Ohne Zweifel hat der Netzempfang die Störungserscheinungen vermehrt. Die Mittel, die die Technik bis jetzt zur Bekämpfung der Störung gibt, sind zu teuer. Andererseits weiss man nicht, ob die Rückkehr zu alten Batterie die Störungen erfolgreich eindämmen kann. Die Hauptversammlung der Vereinigung der Elektrizitätswerke in Frankfurt hat eine Resolution angenommen, in der sie sich mit den Ausführungen Passavants einverstanden erklärt. Fingerzeige, wie man eigentlich weiter kommen will, gibt die Resolution leider nicht.

SPD. Am Dienstag schloss das Geschäft auf dem Devisenmarkt mit einem Ueberschuss für die Reichsbank ab. Es handelt sich um einige Millionen Mark, was sicherlich angesichts der riesigen Verluste der letzten Wochen nicht viel

besagen will. Die Entwicklung beweist aber, dass Angebot und Nachfrage sich am Devisenmarkt eingerenkt haben. Die Mark zog infolgedessen an. Die günstige Entwicklung dürfte sich in den nächsten Tagen verstärken. Man hört davon, dass erfolgte Kreditkündigungen zurückgenommen worden sind. Ausserdem werden die Banken in der kommenden Woche vor Ende des Monats darauf bedacht sein müssen, ihre Mittel zu stärken. Das wird sie zwingen, sich von ihren gehamsterten Devisenbeständen zu trennen.

Auf der Effektenbörse ging es selbstverständlich nicht so lebhaft zu wie am Montag. Vielfach wurden die Gewinne realisiert. Auch ergaben sich hier und da Kurskorrekturen. Im übrigen war die Tendenz fest und nach oben gerichtet.

Die Festigkeit hielt auch am Rentenmarkt an. Hier profitierten vor allem Industrieobligation und Städte- und Länderanleihen.

Berliner Viehmarkt.

SPD. Der Markt am Dienstag brachte dieselbe Tendenz wie der Freitagmarkt: die Schweinepreise ermässigten sich, während für Hammel höhere Preise durchgesetzt werden konnten. Es muss darauf verwiesen werden, dass der Auftrieb auf dem Schweinemarkt äusserst reichlich ausgefallen war. Auch am Kälbermarkt konnten die Verkäufer bessere Preise erzielen. Das gilt besonders für hochwertigeres Material. Auf dem Rindermarkt gab es bei genügendem Auftrieb glattes Geschäft.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 42 - 43 (voriger Mark 45 - 46), b) 240-300 Pfd. 42 - 43 (45 - 46), c) 200 - 240 Pfd. 42 - 43 (44-46), d) 160-200 Pfd. 39 - 41 (42-44), e) 120-160 Pfd. 36-38 (39-40). Sauen: 40- 41 (41-43) Schafe: a) 47 - 50 (47 - 49), b) 34 - 37 (34-36), c) 38-42 (35-41), d) 28-33 (28-32). Kälber: b) 50-60 (50-57), c) 40-52 (40-50), d) 25-35 (25-35). Kühe: a)-32-36 (32-38), b) 27-30 (28-31), c)21 - 25(22-26), d) 16-20 (19-20).

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Berliner Grosshandelsnotierungen für Speisekartoffeln (RM für 50 kg) vom 23. Juni: Gelbfleischige Speisekartoffeln 5,30 bis 5,60, weisse Speisekartoffeln 2,95 - 3,15, rote Speisekartoffeln 3,40 - 3,75, blaue 3,60 - 3,90. Die Preise gelten für in Berlin bahnstehende Ware bei Abschlüssen von mindestens einer Waggonladung.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 23. Juni: Amtliche Notierung ab Erzeugerstation. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. 118, III. 108 Mark, abfallende Sorten 94 Mark. Tendenz ruhig.

SPD. Die deutsch=rumänischen Handelsvertragsverhandlungen sind abge=schlossen worden. Man hofft, den Vertrag noch Ende dieses Monats unterzeichnen zu können.

Mit dem deutsch=rumänischen Handelsvertrag macht Deutschland zum ersten Mal den Versuch, Vorzugszölle in der Form anzuwenden,wie sie auf den interna=tionalen Konferenzen im Rahmen des Völkerbundes herausgearbeitet worden sind. Diesen Vorzugszöllen liegt der Gedanke zugrunde,einen Abflussweg für die Ge=treidebestände in den südosteuropäischen Staaten zu schaffen.Frankreich hat bereits das System der Vorzugszölle in einem Vertrag mit Jugoslawien angewandt. Zwischen dem deutsch=rumänischen und den französisch=jugoslawischen Vertrag er=geben sich aber bedeutende Unterschiede. Die Preisgewinne,die die jugoslawi=schen Getreideexporteure durch die Getreideausfuhr nach Frankreich erzielen, werden durch den französischen Staat der jugoslawischen Staatskasse überwiesen. Der jugoslawische Staat setzt sich von sich aus mit seinen Getreideexporteuren auseinander. Nach dem deutsch=rumänischen Vertrag fliessen die Preisgewinne un=mittelbar den rumänischen Exporteuren zu.

Dem Gedanken entsprechend,den südosteuropäischen Getreideländern Erleich=terung zu verschaffen,erstrecken sich die Vorzugszölle im deutsch=rumänischen Vertrag auf die rumänischen Agrarexportartikel. Der autonome Zoll für Futter=gerste wird von Deutschland gegenüber der rumänischen Einfuhr um 50 % ermässigt Bei Mais, für das Deutschland ein Monopol hat,tritt sogar eine Ermässigung um 60 % ein. Demgegenüber verpflichtet sich Rumänien zu einer wesentlichen Er=mässigung seiner Zollsätze für den deutschen Industrieimport. Beide Länder verpflichten sich jedoch nicht,bestimmte Warenmengen abzunehmen. Jedoch will man gewisse Vereinbarungen treffen,die den Sinn haben,die Kaufkraft der rumä=nischen Landwirtschaft so zu heben,dass sie deutsche Industrieprodukte,vor allem landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, abnehmen kann. Ausserdem ist die Lieferung von Eisenbahnmaterial nach Rumänien vorgesehen.

Nach Lage der Dinge ist es notwendig, die Zustimmung jedes Landes zu diesem Vertrag einzuholen,das auf Grund der Meistbegünstigung Handelsverträge mit Deutschland hat. Man hofft,diese Zustimmung zu erhalten,schon aus dem Grun=de, weil die Ermässigung des sehr überhöhten rumänischen Industriezolltarifs allen beteiligten Ländern zugute kommt.

SPD. Am Dienstag Nachmittag trat der Roggenausschuss des Reichstags wiede zusammen. Nachdem die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Sender (Soz.) in nichtöffentlicher Sitzung einen Bericht über die bisher stattgefundenen Sit=zungen des Ausschusses erstattet hatte, sollten in öffentlicher Sitzung die Plädoyers der Vertreter der einzelnen Parteien erfolgen. Als erster wäre der Deutschnationale Stubbendorf an die Reihe gewesen. Da aber nicht genügend Publi kum anwesend war, lohnte es sich für ihn anscheinend nicht,seine Phrasen von sich zu geben,sodass er Vertagung beantragte. Da die Nazis und selbstverständ=lich auch die Kommunisten zustimmten,wurde der Ausschuss auf Donnerstag Vormit=tag vertagt. Das ist wieder ein Beweis dafür,dass es diesen Herrschaften gar nicht auf eine sachliche Klärung ankommt,sondern lediglich aufs Radaumachen.

SPD. Eine amerikanische Filmgruppe hat gegen die Terra=Film A.G. den Kon=kursantrag gestellt. Die Terra=Film hatte ein wechselvolles Schicksal gehabt und ist schliesslich aus dem Besitz des Verlags Ullstein in die Hand einer Schweizer Gruppe gekommen. Diese hat versucht,das Unternehmen im vorigen Jahr zu sanieren. Der Versuch ist erfolglos geblieben.

Nach der Hausse.

(Berliner Getreidebörse vom 23.Juni)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt sich am Dienstag das Geschäft in wesentlich engeren Grenzen als am Vortag. Gegenüber dem festeren Vormittagsfreiverkehr, der auf die höheren Notierungen an den überseeischen Börsen zurückzuführen war, bildete der amtliche Verkehr eine gewisse Enttäuschung, nachdem aus Liverpool heute eine ruhigere Tendenz gemeldet wurde. Dazu kommt, dass das für die Ernte günstige Wetter die Käufer zur Zurückhaltung mahnt. Am Promptmarkt waren die Umsätze klein. Das Angebot in Weizen wurde von den Mühlen glatt aufgenommen, trotzdem auch das Geschäft in Weizenmehl ruhiger war. Roggen war weiter gesucht. Die Preise lagen etwas fester. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte konnten die Julisichten für Brotgetreide eine Kleinigkeit, etwa um ½ Mark, anziehen, die hinteren Sichten lagen zum Teil unverändert, zum Teil aber um ½ bis 1½ Mark schwächer. In Roggenmehl fanden nur dringende Bedarfskäufe statt-. Auch im Hafergeschäft übten die Käufer Zurückhaltung. Gerste liegt weiter ruhig, nur für neue Wintergerste zeigte sich einiges Interesse

	22.Juni	23.Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	271 - 273	272 - 274
Roggen	210 - 212	211 - 213
Futter= und Industriegerste	190 - 206	188 - 203
Hafer	171 - 175	171 - 175
Weizenmehl	32,00 - 37,25	32,00 - 37,50
Roggenmehl	28,25 - 30,75	28,75 - 31,25
Weizenkleie	13,90 - 14,20	13,50 - 14,00
Roggenkleie	12,75 - 13,00	12,50 - 12,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 282-280¼ (Vortag 281½) September 238½-237¾ B. (240), Oktober 237¼ (240½), Roggen Juli 205 - 201½ (202½), September 188½-188 (188½), Oktober 189¼-188¾ B. (189¾). Hafer Juli 182-180½ (182½), September 159-158 (160) Oktober 158½ plus B. (160½).

Rauhfutternotierungen.

(23.Juni)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,55 - 0,65
" " Weizenstroh "	RM	0,45 - 0,55
" " Haferstroh "	RM	0,45 - 0,55
" " Gerstenstroh "	RM	0,45 - 0,55
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RM	0,90 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RM	0,55 - 0,75
" " Weizenstroh	RM	0,40 - 0,60
Häcksel Tendenz matt	RM	1,40 - 1,65
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RM	-
Gutes Heu, gesund und trocken alt	RM	2,35 - 2,75
neu	RM	1,90 - 2,30
Drahtgepresstes Heu	RM	0,30 über Notiz.

Tendenz ruhig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Bessert sich der Arbeitsmarkt?

Neuer Bericht der Reichsanstalt.

SPD. Die Entlastung des Arbeitsmarktes hat in der ersten Hälfte des Monats Juni nach den Mitteilungen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung weitere Fortschritte gemacht. Die Bewegung hat sich zwar gegenüber den früheren Stichtagen verlangsamt, sie war aber günstiger als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, wo die konjunkturelle Verschlechterung die saisonmässige Belebung überdeckte. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die am 31. Mai noch rund 4 053 000 betrug, ist zum 15. Juni auf rund 4 000 000 Millionen zurückgegangen. In der Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um mehr als 100 000 abgenommen und lag am 15. Juni bei rund 1 476 000. Die Zahl der Krisenunterstützten hat noch, wenn auch unerheblich, zugenommen, und zwar um rund 4 000 auf rund 933 000.

Wenn im Endergebnis, so fährt der Bericht der Reichsanstalt fort, die Entlastung im wesentlichen durch die Saisonaussenberufe getragen wird, so ist doch auch in den übrigen Berufsgruppen eine weitere Aufnahme von Arbeitskräften erfolgt. Ein gewisser Zugang an Arbeitslosen ergab sich im Bekleidungsgewerbe, in der Gruppe "Häusliche Dienste", sowie im Gast- und Schankwirtsgewerbe und in den Angestelltenberufen. In den Bezirken der Landesarbeitsämter Brandenburg, Nordmark und Rheinland hat die Aufnahmefähigkeit der Saisonaussenberufe nicht dazu ausgereicht, die Zahl der Entlassungen aus anderen Berufsgruppen völlig auszugleichen. Die Arbeitsämter konnten in den meisten Bezirken eine lebhafte Vermittlungstätigkeit entwickeln, und vor allem für den Bedarf der Landwirtschaft. Weitere Vermittlungen ergaben sich aus der starken Fluktuation, die sich z.B. im Baugewerbe und in manchen Konsumgüterindustrien in zahlreichen Aufträgen für kurzfristige Beschäftigung ausdrückte, sowie ferner aus der Nachfrage einzelner gut beschäftigter Industriezweige nach Fachkräften.

Für einzelne wichtige Berufsgruppen ergibt sich etwa folgendes Bild: In der Landwirtschaft konnten Arbeitskräfte zur Neuernte und für Hackfrucht arbeiten sowie zur Obst- und Gemüseernte vermittelt werden. Die Nachfrage richtete sich sehr stark auf jugendliche Kräfte. Die an sich schon schwache Belebung des Baumarktes kam bereits zum Stillstand. Der Belegschaftsabbau in den Steinkohlenbezirken hat sich fortgesetzt, so vor allem im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in Waldenburg; auch die Feierschichten haben wieder etwas zugenommen. Dagegen ist in den Hauptbezirken des Braunkohlenbergbaus eine anhaltende Besserung zu verzeichnen. Die Hütten- und Walzwerke in Westfalen wie in Schlesien sind nach wie vor ungenügend beschäftigt. In der Metallverarbeitung blieb das Bild im wesentlichen unverändert. Die Kraftfahrzeugindustrie scheint vielfach schon den Höhepunkt der sommerlichen Produktion überschritten zu haben. Aehnlich ist die Lage im Holz- und Schnitzstoffgewerbe; in der Möbelindustrie überwiegen die Entlassungen. Die Entlastung im Spinnstoffgewerbe hat angehalten. Im Bekleidungsgewerbe dagegen ist die Saison ihrem Ende nahe. Konserven- und Tabakindustrie haben noch weitere Kräfte aufgenommen. Die günstige Entwicklung im Gastwirtsgewerbe hat nicht angehalten; der Personalbedarf der Kur- und Badeorte ist geringer als im Vorjahr. Auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten konnte im Juni der erreichte Stillstand nicht völlig festgehalten werden.

+

Die Finanzhilfe Amerikas wird zweifellos eine gewisse Festigung des Arbeitsmarktes bringen. Uebertriebene Hoffnungen, dass nunmehr die Zahl der Arbeitslosen bald zurückgehen werde, sind jedoch nicht am Platze. Man darf damit rechnen, dass von dem Augenblick an, wo Amerika sozusagen als Bürge für Deutschland aufgetreten ist, die bisherigen Verschlechterungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt bis zu einem gewissen Grade in ihr Gegenteil umschlagen. Die grosse Bedeutung der Tendenz in der kapitalistischen Wirtschaft ist nun einmal eine Tatsache. Nachdem die Lawine zum Halten gebracht wurde, müssen sich nun umgekehrt Hoffnung und Vertrauen fruchtbringend auswirken. Der psychologische Wert der Hooveraktion ist, wie die Haltung der Börse zeigt, unverkennbar. Festigung und Neubelebung der Wirtschaft werden nun hoffentlich bald dem Lohnabbau radikal ein Ende setzen. Besserung der Wirtschaftslage, Steigerung der Steuereinnahmen und Einstellung des Lohnabbaus können die Arbeitslosigkeit zwar nicht im Handumdrehen vermindern, sie machen sie jedoch finanziell leichter tragbar.

Nicht vergessen darf man, dass die Hooveraktion, vom Standpunkt des Arbeitsmarktes gesehen, auch eine Kehrseite hat. Die Lieferungen auf Reparationskonto in Höhe von etwa 600 bis 700 Millionen dürften zunächst, wenn auch nicht plötzlich, eingestellt werden. Das bedeutet eine Belastung des Arbeitsmarktes, wenn es nicht gelingt, für den hier in Frage kommenden Arbeitsausfall auf dem Wege des allgemeinen Exports eine Ergänzung zu schaffen. Nach wie vor haben also die Versuche der Gewerkschaften auch von der Arbeitszeitverkürzung her den Arbeitsmarkt zu entlasten, ihre grosse Bedeutung. Nicht zuletzt sollte ja die Notverordnung in dieser Richtung auch der Entlastung des Arbeitsmarktes dienen. Bei den soeben im Reichsarbeitsministerium begonnenen Beratungen über die Arbeitszeitverkürzung wird man hoffentlich bei den massgebenden Stellen diesen Zweck der Notverordnung nicht ganz aus dem Auge verlieren.

SPD. Die freigewerkschaftlichen graphischen Hilfsarbeiter halten zur Zeit in Stuttgart ihren Verbandstag ab. Die Organisation ist, wie aus dem Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden Pucher hervorgeht, in ihrer Mitgliederzahl stabil, da mehr als 90% der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen organisatorisch erfasst sind. Der Verband hat zur Zeit 8 500 arbeitslose Mitglieder. Die Kassenverhältnisse der letzten Geschäftsperiode haben sich trotz aller Schwierigkeiten günstig entwickelt. Alljährlich wurden nennenswerte Ueberschüsse erzielt. Die soziale Unterstützung erfordert grosse Summen. Die Arbeit des Vorstandes wurde in der Aussprache allseitig anerkannt. Die neue Aufmachung der Verbandszeitung wurde gutgeheissen.

In der Frage der Industrieorganisation vertrat der Vorstand die Auffassung, dass der Graphische Bund ein geeignetes Mittel zur Zusammenarbeit der vier in Frage kommenden Gewerkschaften sei.

Der zweite Verbandsvorsitzende Hornke beleuchtete die Tarif- und Lohnbewegung. Aus seinem Bericht ging hervor, dass das gute Organisationsverhältnis sich in verhältnismässig günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen auswirkt. Der Lohnabbau konnte zwar nicht ganz verhindert, aber doch wesentlich eingeschränkt werden. Hornke mahnte den Verbandstag, nicht durch unüberlegte Beschlüsse die Schlagkraft der Organisation zu zerstören.- Die Taktik des Vorstandes in der Tarifbewegung wurde in der Aussprache gutgeheissen.

Auf der Tagung sind anwesend 84 Delegierte, darunter 15 Frauen.

SPD. Der Hamburger Verbandstag des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands ist, wie das bisherige Verhandlungsbild ergibt, getragen von einem starken Gefühl der Zuversicht und Geschlossenheit. Sein Auftakt und die ersten beiden Verhandlungstage verliefen wuchtig und wirkungsvoll.

Der Kassenbericht, den der Hauptkassierer Hölzcker erstattete, bietet im wesentlichen folgende Tatsachen: Im Jahre 1928 betrugen die Einnahmen 6 532 000, die Ausgaben 5 879 716 Mark; das Vermögen belief sich auf 3 083 297 Mark. Im Jahre 1930 betrugen die Einnahmen 8 321 139 Mark, die Ausgaben 7 152 620 Mark. Das Vermögen erhöhte sich auf 5 678 459 Mark. Die Beitragsleistung betrug 1929 67,30 Mark, 1930 69,40 Mark. Die Unterstützung bei Krankheit steht mit 1 021 539 Mark an erster Stelle. Auch die Eisenbahner hat die Arbeitslosigkeit heimgesucht. So sind im Jahre 1928 rund 191 000, im Jahre 1930 dagegen bereits 613 096 Mark an Arbeitslosenunterstützung ausgegeben worden. Von besonderem Interesse war Hözkers Schilderung über das Erholungsheim des Verbandes in Hammersbach bei Garmisch-Partenkirchen. Im Jahre 1930 haben dort 6 420 Personen Erholung gefunden; davon waren 5 818 Mitglieder. Auch eine Schule ist dort eingerichtet. Die furchtbare Krise brachte in diesem Jahr einen Rückgang der Einnahmen. Sie sanken im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 188 000 Mark. Dagegen sind die Ausgaben um 115 000 Mark im gleichen Zeitraum gestiegen.

Wieber- Kassel erstattete den Revisionsbericht. Alle Beschwerden gegen Ausschlüsse wegen Aufstellung auf gegnerischen Betriebsratswahllisten sind zurückgewiesen worden. - Wichmann-Berlin gab den Bericht der Schriftleitung. Die Gewerkschaftspresse, betonte er, hat nicht nur die Interessen der Organisation, sondern auch die des ADGB zu vertreten. Daher wurde eine Verbindung geschaffen, die sich gut eingeführt hat. Wichmanns Feststellung, dass sich die Verbandszeitung bei den Reichstagswahlen für die einzige Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, mit besonderer Energie eingesetzt habe, wurde mit starkem Beifall aufgenommen. - Das Andenken des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bock wurde vom Vorsitzenden durch ein Wort der Trauer und des Gedenkens gebührend geehrt.

Schulz-Berlin beleuchtete die Haltung der Beamtenzeitung des Verbandes. Er bedauerte, dass in anderen Beamtenzeitungen bei der Reichstagswahl keine klare Stellungnahme für die Interessen der Arbeiter und kleinen Beamten genommen worden sei. Jeder Beamte, der die Zeichen der Zeit verstehe, organisiere sich freigewerkschaftlich.

Zur Reparationsfrage nahm der Verbandstag nach einer kurzen Erklärung des Vorsitzenden Scheffel ohne Aussprache einstimmig eine Entschliessung an.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht brachte eine Fülle von Anregungen und lehrreichen Stimmungsbildern aus dem Reiche. Feierschichten, Arbeitszeitverkürzung, Werbearbeit, Notverordnung, Zerstörungsarbeit der Kommunisten - das Heer der Sorgen des Verbands marschierte in der Aussprache auf. Auch Grassmann, der Vorsitzende des ADGB, beteiligte sich an der Debatte. Er gab vor allem einige Aufklärungen zur Notverordnung. Dem Kanzler sei ganz unzweideutig erklärt worden, dass die Gewerkschaften diese Notverordnung nicht ertragen können. Allerdings schaffe die schärfste Verurteilung der Notverordnung das grosse Defizit im Reichshaushalt nicht aus der Welt. Der Notverordnung müssten die Giftzähne ausgebrochen werden und jeder könne und solle nur nach Leistungsfähigkeit beitragen zur Aufbringung der notwendigen Mittel.

Breunig vom Verbandsvorstand gab einen kurzen Ueberblick über die letzten Betriebsratswahlen. Das Totalergebnis an den örtlichen Stellen sei günstig; dort, wo die unmittelbare Verantwortung zu tragen und Arbeit zu leisten sei, hätten die Maulhelden von der RGO versagt.

SPD. In Breslau ist der Verband der Maler zu seiner 22. Generalversammlung zusammengetreten. Mehr als 100 Delegierte aus allen Teilen des Reiches haben sich eingefunden. Die Maler-Internationale ist durch ihren Sekretär Streine und der ADGB durch dessen Sekretäre Eggert und Sachs vertreten.

Streine teilte in seinem Begrüssungswort mit, dass die Internationale erfreuliche Fortschritte habe machen können. Fast alle Länder, in denen in nennenswertem Umfang die Maler sich organisiert hätten, seien jetzt angeschlossen. Gegenwärtig erfasse die Maler-Internationale 241 ooo Köpfe. - Eggert schilderte unter gespannter Aufmerksamkeit des Kongresses den Ernst des augenblicklichen politischen Zustandes. Deutschland sei zu vergleichen mit einem Schiff in höchster Seenot und zwar in jeder Beziehung: innen, aussen, wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und ihre politische Vertretung stünden in dieser Situation ohne irgendwelche Hilfe; sie seien auf ihre eigene Kraft angewiesen. Solidarität und Geschlossenheit seien nie nötiger gewesen als jetzt.

Der Verbandsvorsitzende Batz erstattete den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate des laufenden Jahres seien 67,6% der Kollegenschaft von Arbeitslosigkeit heimgesucht worden. Leider sei auf baldige Besserung nicht zu hoffen. Die dritte Notverordnung bringe zwar neue Belastungen, aber keine Arbeit. Der Baumarkt bleibe trotz des Mangels an Kleinwohnungen völlig tot. Es gäbe Arbeit in Hülle und Fülle, wenn nur ein Bruchteil dessen angestrichen würde, was nach Farbe schreie. Die Versuche, dem Malergewerbe den Saisoncharakter zu nehmen, würden auch in Zukunft mit aller Energie fortgesetzt. Das Lehrlingsübermass stelle für das Malergewerbe ein böses Uebel dar. Augenblicklich betrage die Anzahl der Lehrlinge mindestens 65 ooo. Allmählich dämmere es auch den Arbeitgebern, dass das Lehrlingsunwesen eine Gefahr bedeutet. An einer Verlängerung der Lehrzeit auf vier Jahre habe der Verband kein Interesse. Die Werbearbeit unter den Lehrlingen sei sehr schwer. Die Mitgliedschaft habe seit Stuttgart wohl um 2 ooo Kollegen zugenommen, die Höchstzahl mit 61 190 vom Jahre 1929 habe infolge der Krise jedoch nicht gehalten werden können. Für soziale Unterstützungen habe der Verband seit 1928 rund 2 1/2 Millionen Mark ausgezahlt. Trotzdem sei der Vermögensstand durchaus nicht ungünstig. Natürlich könne mit weiteren Ueberschüssen, an die man seit 1924 gewöhnt sei, angesichts einer Arbeitslosigkeit von 55% der Mitgliedschaft kaum mehr gerechnet werden können, zumal auch die Ausgaben für Invalidenversicherung wachsen. Die Moskauer Wühlarbeit habe da und dort einen Zugriff notwendig gemacht, so in Saarbrücken, in Essen und Sachsen. Insgesamt seien ungefähr 50 Mitglieder wegen Propaganda für die RGO aus dem Verband entfernt worden.

Der Kassenbestand belief sich, wie aus dem Bericht Ringels hervorgeht, 1930 auf rund 4 222 ooo Mark, pro Kopf 78,60 Mark. An Unterstützungen wurden 1930 pro Mitglied insgesamt 21,20 Mark ausgegeben. An Verbesserung der Invalidenunterstützung kann vorerst nicht gedacht werden.

Unter starkem Beifall der Generalversammlung lehnte Mark-Hamburg in seinem Bericht der Schriftleitung des "Maler" einen Leipziger Antrag ab, der für die Entsendung einer Delegation nach Russland zwecks objektiver Berichterstattung über die Sowjet-Union eintritt. Wer sich über Russland objektiv unterrichten wolle, finde in Deutschland genügend zuverlässige Literatur.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht begann mit einem Aufmarsch der kleinen kommunistischen Opposition. Sie stiess auf einmütige Ablehnung des Verbandstages. Das Echo ihrer Ausführungen war Gelächter, vor allem, als sie die brutale Diktatur der Bolschewisten als wahre Demokratie bezeichnete.